

EU-FREIHANDELSABKOMMEN MIT USA (TTIP).

EU-USA-Freihandelsabkommen: Chance oder Untergang für Europa?

US-Amerika will es unbedingt – Europa zögert. Die Stimmung in Vorarlberg ist düster.

HEIDI RINKE-JAROSCH
E-Mail: heidi.rinke-jarosch@vorarlbergernachrichten.at
Telefon: 05572/501-190

SCHWARZACH. „Lebensmittel, die für die amerikanische Familie gut genug sind, müssen

auch für europäische genügen. Europa braucht nicht so hohe Standards.“ Diese Worte stammen vom ehemaligen US-Botschafter für die EU, der die Ängste der Europäer und deren kritische Einstellung gegenüber dem geplanten EU-USA-Freihandelsabkommen (TTIP) überhaupt nicht verstehen kann. Denn für die Amerikaner sind Hormon- und Klonfleisch so-

wie Chlorhühnchen auf dem Menü selbstverständlich. Europäische Verbraucherschützer hingegen warnen im Speziellen vor der Einfuhr solcher Fleischarten und von Genmais.

Macht und Entmachtung
Dabei geht es bei diesem Abkommen um die Stärkung der beiden dominierenden Wirtschaftsblöcke USA und

EU gegenüber den wirtschaftlich schnell wachsenden Ostländern wie Russland, Indien und China. Des Weiteren geht es um noch mehr Macht großer multinationaler Konzerne, um die Entmachtung der Politik und letztendlich um Verfahren, die den europäischen Steuerzahler sehr teuer kommen können. Dabei handelt es sich um die Investitionsschutzklausel – ein

Vertrag, mittels dem Großkonzerne ihre Interessen gegenüber Staaten durchsetzen können. Oft geht es dabei um Milliardenbeträge, um die hinter verschlossenen Türen verhandelt werden. Auf diese Verhandlungen haben weder Gerichte noch Politiker Einfluss. Solch eine Investitionsschutzklausel wäre im Freihandelsabkommen inkludiert. So leuchtet es ein,

dass große US-Unternehmen wie Autobauer, Chemie- und Agrarkonzerne von einem Handelsabkommen dieser Art entzückt sind.

Die unterschiedliche Auffassung von Amerikanern und Europäern lässt die Debatte um das übrigens hinter verschlossenen Türen verhandelte Freihandelsabkommen weiterhin aufgeheizt. Auch in Vorarlberg.

Umfrage. Dafür oder dagegen?



Landeshauptmann Markus Wallner:

Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine fundierte Beurteilung des Abkommens nicht möglich, da zu wenige verlässliche Informationen über die Inhalte bekannt sind. Aus diesem Grund haben wir Minister Mitterlehner aufgefordert, die Länder über den Stand der Verhandlungen zu unterrichten, damit hier mehr Licht in die Sache kommt. Unabhängig davon kann ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden größten Wirtschaftsräumen der Welt eine Vielzahl von Chancen bieten. Sehr genau und kritisch beobachten werden wir aber die Vertragsinhalte, insbesondere was das Klagsrecht, die Landwirtschaft und Fracking betrifft.



Klaus Zimmermann, Biologe

Ich bin gegen ein EU-USA-Freihandelsabkommen. Die Voraussetzungen in der EU und der USA sind grundsätzlich verschieden und lassen sich nicht durch so ein Abkommen vereinheitlichen: In den USA wird weit großzügiger mit genmanipulierten Pflanzen, Klonfleisch, Medikamenten und anderen Chemikalien umgegangen. Auf der anderen Seite gibt es dort ein extremes Produkthaftungsgesetz. Wenn dort etwas passiert, wird der Verursacher beinahe zur Verantwortung gezogen. In Europa ist das Produkthaftungsgesetz sehr lasch, da liegt die Beweislast beim geschädigten Konsumenten. In der Situation ist ein Freihandelsabkommen für mich undenkbar, denn damit werden einerseits gefährliche Produkte auf die europäischen Märkte gespült und andererseits fehlt ein brauch-

barer Konsumentenschutz gänzlich. Meiner Meinung nach werden ausschließlich einige Lobbyisten, wie Banker, Politiker und Wirtschaftstreiber von einem Freihandelsabkommen profitieren, der Rest – und dazu zähle ich mich selbst und auch unsere schützenswerte Natur – wird über den Tisch gezogen, ausgebeutet und gefährdet.



Eva Fahlbusch, index – Schutz und Asyl

Ich bin gegen ein Freihandelsabkommen mit den USA. Zum einen ist das Vertrauen in die USA schon aufgrund der Abhör-NSA-Methoden und der Selbstverständlichkeit der Anmaßung der USA anderen Staaten gegenüber arg eingeschränkt. Weiters sind da die intransparenten Verhandlungen und das Risiko, dass sich hauptsächlich Geschäftsinteressen durchsetzen, die bestimmte Werte und Normen in der EU unterwandern, zum Beispiel Genmanipulation, industrielle Fleischproduktion, freizügigere Medikamentenfreigabe und dadurch bedingte Schäden an Mensch, Tier und Umwelt. Dass nun trotz ungeklärter klarer europäischer Positionen bzgl. NSA-Affäre dennoch die Verhandlungen über das Freihandelsabkommen geführt werden, ist skandalös und völlig inakzeptabel.



Gabi Sprickler-Falschlunger, SPÖ-Gesundheitssprecherin

Ich lehne dieses Freihandelsabkommen ab, weil es die europäischen Standards zum Verbraucherschutz, zum Tierschutz und zum Klimaschutz senken wird. In die Verhandlungen sind keine Vertreter aus den Par-

lamenten eingebunden. Die Vorgangsweise ist zutiefst undemokratisch. Die Verhandlungen laufen geheim, die Lobbyisten bleiben unter sich. Die Verbraucherinteressen werden mit Füßen getreten. Die USA wollen mit bisher in der EU verbotenen Lebensmitteln auf den europäischen Markt. Neben Klonfleisch und Genmais sind es vor allem Produkte wie in Chlor getränkte Hühnchen, die mir den Appetit verderben. Mit diesem Freihandelsabkommen gehen die EU-Staaten auch ein großes finanzielles Risiko ein. Werden sie etwa von einem amerikanischen Konzern wegen eines Verbots geklagt, kann das ungeahnte Folgen für den Staat – also für den Steuerzahler – haben. Das Freihandelsabkommen dient nicht dem europäischen Verbraucher, sondern den Interessen verschiedenster Konzerne.



Tobias Giesinger, Verein gegen Tierfabriken

Ich bin strikt gegen das angepeilte Freihandelsabkommen, weil die Standards der Tierhaltung in den USA oft noch niedriger sind als in der EU. Dort werden die Tiere beispielsweise mit Wachstumshormonen behandelt, was in der EU noch verboten ist. Weiters ist es bei importiertem Fleisch nahezu unmöglich, die Herkunft geschweige denn die Haltung der Tiere nachzuvollziehen.



Johannes Rauch, Klubobmann Grüne

In der EU gilt: Der Gesetzgeber darf ein Produkt so lange verbieten, bis zweifelsfrei dessen Unbedenklichkeit nachgewiesen ist. In den USA können Produkte so

lange verkauft werden, bis zweifelsfrei nachgewiesen wird, dass sie schädlich sind. Dieses eine Argument und ein wenig Hausverstand reichen eigentlich aus, um das Freihandelsabkommen strikt abzulehnen. Wen das noch nicht überzeugt, der möge sich beim Verzehr der nächsten Portion Hühnerfleisch vorstellen, dass das geschlachtete Hähnchen zuvor in einem Chlorbad gelegen hat.



Mathias Burtscher, GF Industriellenvereinigung

Ich glaube, dass sich viele Freihandelsabkommen – mit fairen Regeln zu Standards, Qualität und Sicherheit – für beide Vertragspartner, Wirtschaft und Bevölkerung bewährt haben. Meines Wissens sind in Bezug auf das EU-USA-Freihandelsabkommen viel zu wenige bestätigte Informationen für eine seriöse Kommentierung veröffentlicht.



Dieter Egger, FPÖ-Klubobmann

Ein klares Nein zum Freihandelsabkommen. Die unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführten Geheimverhandlungen mit den USA zeigen einmal mehr das anti-demokratische Gesicht der EU-Zentralisten in Brüssel. Es droht eine weitere Entmachtung der Mitgliedstaaten und somit der Bürger zugunsten von US-Großkonzernen.

Unsere hart erkämpften Standards in den verschiedensten Lebensbereichen sollen zugunsten von Industriekonzerne herabgesetzt werden, wie uns das jüngste Vorgehen der EU-Kommission in Sachen Genmais leider deutlich vor Augen führt.

Ist Europa erst einmal an US-Standards gekettet, ist es für einen eigenständigen europäischen Weg zu spät.



Erich Schwärzler, Umwelt-Landesrat

Ich bin nach den mir derzeit vorliegenden Informationen gegen das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika, da die Gefahr besteht, dass kleinbäuerliche Strukturen in unserem Land und eine nachhaltige Landwirtschaft mit Artenvielfalt unter die Räder kommen, arbeitsrechtliche Normen und gesetzliche Standards für die Produktsicherheit sowie für den Konsumenten-, Gesundheits-, Umwelt-, Tier- und Datenschutz abgesenkt werden, ausländischen Konzernen Profite durch Fracking, Chlor-Hühner und gentechnisch veränderte Produkte erleichtert werden und die Entschädigung ausländischer Investoren für einen behaupteten Verdienstgang durch gesetzliche Standards, z. B. in Form des Investor-Staat-Schiedsverfahrens, erleichtert wird.

Ich verlange einen offenen, transparenten Prozess der Information und Kommunikation mit den zuständigen Gremien auf nationaler und Landesebene und keine Geheimverhandlungen.



Thomas Cassan, „Die Vorarlberger“

Ein klares Nein! Wer sich als halbwegs vernunftbegabter Mensch über die TTIP informiert, kann sich gar nicht mehr dafür aussprechen. Die Verhandlungen werden unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit Vertretern der Großin-

dustrie geführt, nationale Parlamente erhalten keinerlei Informationen, die Dokumente sind geheim. Dieses „Handelsabkommen“ ist in erster Linie ein Freibrief für die üblen Machenschaften von internationalen Großkonzernen auf beiden Seiten des Atlantiks wie Monsanto, BASF & Co.

Die vergleichsweise hohen europäischen Standards bei Umweltschutz, sozialer Sicherheit oder Nahrungsmittelsicherheit werden torpediert und zerstört. Einzelne Staaten wie Österreich können nach Abschluss des Abkommens keine Änderungen mehr verlangen und nicht mehr aussteigen. Ganz im Gegenteil: Sie können von den Konzernen sogar auf horrende Summen verklagt werden, wenn sie für sie gewinnschmälernde Gesetze beschließen. Und so weiter und so fort.

Wie bitte soll man um Himmels willen nicht vehement gegen diesen Angriff auf Demokratie und Grundgesetz der Vernunft, diese weitergehende Stärkung der globalen Konzernherrschaft eintreten wollen?



Manfred Rein, WKV-Präsident

Grundsätzlich ist die Wirtschaftskammer Vorarlberg für das Freihandelsabkommen, wenn die Bedenken in den einzelnen EU-Staaten ausreichend berücksichtigt werden und der Prozess transparent gestaltet wird. Im geplanten Freihandelsabkommen muss aber auch festgehalten werden, dass beide Partner Umwelt-, Gesundheits- und Lebensmittelstandards weiterhin selbst so regeln können, wie sie es für notwendig halten. Mehrere Studien zeigen, dass das Abkommen für die EU-Staaten einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts gewährleisten kann und damit auch zusätzliche Arbeitsplätze entstehen werden. Gerade unsere exportstarke Vorarlberger Wirtschaft kann vom weiteren Abbau von Handelshemmnissen mit den USA profitieren.